

Institut für Finanzdienstleistungen e.V.

Institute for Financial Services
Institut pour les Services Financiers

An die
Freundinnen und Freunde des IFF
sowie interessierte Beobachterinnen und
Beobachter

19. Dezember 1994

[Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vorn]

[Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vorn]

Telefon

Betreff: Neujahrsbrief 1995

Liebe Freundinnen und Freunde des IFF,
Sehr geehrte Damen und Herren,

1994 ist eines jener eher langweiligen Jahre der Wirtschaftsgeschichte gewesen, in denen sich bestehende Tendenzen bestätigen und deutlich machen, das jede sozial gestaltende Tätigkeit einen langen Atem haben muß. Die Rationalisierung im Finanzdienstleistungsbereich geht weiter. 30% der Stellen sollen schrumpfen. Das „unpersönliche Bankgeschäft“ mit seinem Weg vom Scheck über die Plastikkarten zum Telfonbanking und schließlich zum Home Banking breitet sich weiter aus. 1995 wird die Chipkarte die Magnetkarte wohl ablösen und das Bankkonto in die Tasche der Verbraucher bringen. Die Spracherkennung im Telefonbanking schreitet voran, für das BTX-Banking kommt allmählich brauchbare Software sowie mit 4800 Baud eine annehmbare Geschwindigkeit und trotz kleinerer Hindernisse wird die Zinsmarge im Wettbewerb immer mehr durch den Gebührendschungel abgelöst, bei dem es wie bei allen Dienstleistungen heißt „What You Get is What You Pay“.

Dafür werden selbst bei Sparkassen Girokonten für sozial Schwache abgebaut, Filialen geschlossen, Investitionen zurückgenommen und Arbeitsplätze abgebaut. Mit weniger Menschen mehr und besser produzieren, dieser an sich menschliche Satz zum Fortschritt der Arbeit bekommt angesichts der Massenarbeitslosigkeit und Einkommensarmut einen bitteren Beigeschmack, wonach immer weniger Menschen den Reichtum dieser Erde unter sich aufteilen möchten. Wir hatten geglaubt, daß nach der Ära Reagan/Bush in den USA mit Bill Clinton ein neuer Schub für soziale Gerechtigkeit und Rücksichtnahme in der Gesellschaft käme. Ansätze etwa bei der Sozial- und Krankenversicherung ließen erhoffen, daß die bei uns greifende Privatisierungseuphorie besinnlicher wird und ein paar Grundsätze der Forstwirtschaft

Geschäftsführung Große Bleichen 23 Telefon: 040/342859, Telefax: 040 35 37 86 Postbank Hamburg

Prof. Dr. Udo Reifner
Kto.Nr.584 955-200

D-2035 Hamburg

EDV-Hotline: 040/35 53 23 18

BLZ 20010020

beherzigen würde, wonach bei sozialem Kahlschlag die Holzfäller zugleich für die Wiederaufforstung zuständig sind oder ganz praktisch Wirtschaftsminister Rexrodt mit Arbeitsminister Blüm wetteifert.

Besondere Impulse erhofften wir uns von den Bemühungen in den USA, soziale Elemente in die Geldwirtschaft selber einzufügen etwa durch das Engagement Hillary Clintons bei der South Shore Bank in Chicago, mit der das IFF freundschaftlich verbunden ist, sowie den Bemühungen, den Community Reinvestment Act, der die Pflicht der Geldinstitute zu Reinvestierung ihrer Gelder in ihrem Filialgebiet verlangt, effektiver zu gestalten. Die amerikanische Mittelschicht hat, wie wir wissen, die Demokraten aus dem Kongress herausgewählt. Clinton antwortet mit massiven Steuersenkungen (\$80 Mrd.) zugunsten dieser silent majority. Während die Liberalisierungsgesetze für die Banken in den USA ebenso wie das GATT-Nachfolgeabkommen durchkamen, geriet die Sozialgesetzgebung ins Stocken.

Ideologisch scheint auch bei uns der Trend ungebrochen. So konnte der Verfasser dieses Briefes auf einer vorweihnachtlichen Podiumsdiskussion über Armutsbekämpfung des Diakonischen Werkes in Hamburg unweit der sich ausbreitenden Obdachlosen- und Bettlerszene vom Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer sein Drei-Punkte-Programm zur Armutsbekämpfung hören:

- Abbau des Mieterschutzes um Wohnungsinvestitionen wieder rentabel zu machen,
- Abbau der Barrieren für Industriegroßansiedlungen in Hamburg und
- Abbau überzogener Arbeitsschutz- und Lohnkosten.

Gewürzt war dies noch mit einem Vorschlag, die Gewerbesteuer zu senken und dafür die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Mein Part, über die Perspektiven zu sprechen, wie die Wirtschaft durch Übernahme sozialer Verantwortung den Rückzug des Sozialstaates kompensieren könne, blieb mir im Halse stecken. Ich konnte mein Thema gegenüber einem Publikum, das aus der sozialen Szene kommend überwiegend Wirtschaft ohnehin als Egoismus, Ellenbogen und Gesellschaftszerstörung begriff und den Sozialstaat nur als Einschränkung und nicht als Ziel der Wirtschaft sieht, nur mit der Behauptung retten, ich hätte erheblich differenziertere Gespräche mit anderen Vertretern der Wirtschaft bereits erlebt.

Aber während wir in den USA eine sozialstaatliche Rhetorik hatten, scheint die deutsche und europäische Praxis doch noch von etwas sozialem Konservatismus bestimmt zu sein, denn die Pflegeversicherung ist nun doch in öffentlicher Hand, der Verbraucherkonkurs zwar bis 1999 aufgeschoben jedoch verabschiedet und das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Grundsatzurteil zur Ehegatten- und Kindermithaftung im Bankkredit dem Privatrecht die Verpflichtung zur sozialen Rücksichtnahme auferlegt und in einem weiteren Urteil die Besteuerung des Mindesteinkommens verworfen. Es wird die Bevorzugung der Immobilienbesitzer aller Voraussicht nach kritisch revidieren. Ein durchaus widersprüchliches Szenario. Im neuen Wertpapierhandelsgesetz ist schließlich ein epochemachender Grundsatz verankert worden: der Verkäufer dieser Finanzdienstleistungen ist verpflichtet, sich über die Anlageziele und deren Realisierungschancen beim Kunden zu informieren. Finanzdienstleistungen sind daher nicht mehr gut oder schlecht, sie sind angepaßt oder kontraproduktiv.

Mit der Eröffnung des Bereiches „**Social Investment**“ seit März 94, für den Dipl. Betriebswirt Jan Evers nach erfolgreichem Abschluß seines Zusatzstudiums in

Newcastle zuständig ist, wollen wir die angloamerikanischen Anregungen aufnehmen und unsere Erfahrungen aus der Kritik von Finanzdienstleistungen positiv für ein consulting bei der Finanzierung im öffentlichen Interesse stehender Aufgaben durch private Investoren nutzen. Zu diesem Zweck wird auch der Verfasser das erste Quartal 1995 in Chicago verbringen, um uA bei der South Shore Bank aber auch in Hausfinanzierungsprojekten in LA etwas zu lernen. Darüberhinaus soll unser Wissen über sozial verheerende Wirkungen bestimmter Produkte bei bestimmten Verbrauchergruppen aufbereitet und für verbraucherpezifisches Produktdesign angeboten aber auch eingefordert werden. Mit unserer Mitarbeit im Stadtteilentwicklungsprojekt **KIS** haben wir dabei versucht, zusammen mit der Volksfürsorgeakademie Ideen zu entwickeln, wie junge Unternehmen finanzierbar sind, Finanzprodukte in strukturschwachen Gebieten gehalten und plaziert werden können und brachliegendes ökonomisches Potential durch sich selbsttragende Investitionen, die artfremde Renditen einbeziehen können, generiert werden kann.

Eine Vielzahl spannender Diskussionen mit Anbietern hat daher das Jahr 1994 gekennzeichnet, bei dem wir viel lernen konnten. Längere Gespräche mit führenden Vertretern großer Banken (Deutsche Bank, DG Hyp, Norisbank) und Besuche von fast allen Bankenverbänden zu Themen wie Hypothekenumschuldung, Bausparsysteme, Strukturvertriebe, Ausbildung von AußendienstmitarbeiterInnen, Schuldenberatung, Verbraucherkonkurs haben bei uns den Eindruck verstärkt, daß es Ansätze für Diskussionen ohne Scheuklappen gibt. Zwei Einladungen zu Bankenveranstaltungen 1995 (Deutscher Sparkassentag sowie bei Genossenschaftsbanken in Südwest) unterstreichen den neuen Ansatz.

Gleichwohl sind hier keine Illusionen angebracht. In einem Markt, der einen Zwang zur Kosteneinsparung von fast 30% in den kommenden Jahren vor sich hat, wird hart gerechnet. So überraschte uns während des Social-Investment Projekts die Entscheidung der Volksfürsorge, ihre Akademie aus Kostengründen aufzulösen. Unsere Bemühungen, im Gespräch mit der Deutschen Bank Bauspar AG für ihr neues Produkt „**Bausparen mit Zinspfiß**“

(Zinsen auf Einlagen werden nicht (steuerpflichtig) gutgeschrieben sondern steuerneutral auf den späteren Kredit verschoben)

soziales Verständnis zu provozieren

(40% halten ihren Bausparvertrag z.T. wegen Arbeitslosigkeit nicht durch und würden dann alles verlieren)

und Steuergerechtigkeit anzumahnen,

(wir halten es für eine Anstiftung zur Steuerhinterziehung, weil die Zinszahlung lediglich in die Zukunft verschleiert verschoben wird),

war wohl eine übertriebene Hoffnung. Das Produkt ist nunmehr in Großanzeigen so auf dem Markt, wie es uns vorgestellt wurde. Unsere Bedenken wurden zwar verstanden jedoch nicht berücksichtigt.

Die Überzeugung braucht somit ihre Ergänzung im Nachfragedruck. Wenn die Verbraucher ein solch unsoziales Produkt boykottieren würden, dann würde auch die Deutsche Bank dazulernen. Wird das Produkt trotz Gegenklärung erfolgreich sein, dann müssen wir damit leben, daß keine Wirtschaft besser als ihre Verbraucher sein kann.

Ein ähnliches Problem haben wir mit den Plänen der **Deutschen Bahn AG** und der Citi-Visa-Karte. 1995 wird das entscheidende Jahr der Verteidigung der strukturellen

Schutzlinien, die wir im Konsumentenkredit erreichen konnten, weil mit der Ausbreitung des VISA-Systems a la Citibank in Deutschland eine neue Struktur zu erwarten ist.

Wir haben dabei einiges zu verlieren: Wucherschutz, Verzugszinsbegrenzung, vorrangige Schuldtilgung bei Verzug, Umschuldungskriterien, Vermittlungskontrolle, Transparenz und Mithaftungsbegrenzung sowie Kündigungsfristen und Überlegungsfristen und schließlich der Verbraucherkonkurs sind Elemente, auf die wir im Verbraucherschutz durchaus stolz sein können und die den deutschen Sozialstaat etwas in die unangreifbarere Region der staatsausgabenneutralen Wirtschaft verlagert haben. Unser Erfolg war Gegenstand einer BBC-Sendung sowie einer Empfehlung des Office of Fair Trading in Großbritannien. Der Verfasser konnte 1994 hierüber ebenso wie über den Verbraucherkonkurs vor dem Rechtsausschuß der israelischen Knesseth sowie vor Vertretern des malaysischen Ministeriums für inneren Handel und Verbraucherschutz referieren und Interesse am Modell eines sozialpräventiven Verbraucherschutzes wecken.

Das wird mit einem überbordenden **VISA-System** infragegestellt, das über den Zahlungsverkehr den unregulierten Konsumkredit der 60ziger Jahre wiedereinführt. Statt der 9 Millionen Bankkreditkarten müssen wir mit 50 Millionen innerhalb eines Jahres rechnen, wenn erst einmal die EC-Karte von der Multifunktionskarte mit Kreditkarte geschluckt wird und jede Kreditkarte mit einem eigenen nicht mehr an das Lohn- und Gehaltskonto gekoppelten Kreditkontingent auf den Markt kommt. Dann wird Armut wieder problemlos auf Kredit bezahlbar. Zinseszinsverbote und Wuchergrenzen werden ausgehöhlt, wo der eine Kredit mit der anderen Kreditkarte bezahlt wird. die volle Variabilität garantiert, daß alle Konjunkturrisiken vor allem bei den ärmsten VerbraucherInnen durchschlagen.

Bauernfängertricks, die das Visa-Konto mit 4% im Haben verzinsen, unterstreichen dann, daß die Kreditkartenkredite die teuersten, undurchsichtigsten und unkontrolliertesten Konsumkredite sein werden. Die 425 Mio. Bankkreditkarten in den USA sind heute schon der wesentliche Hebel sozialer Diskriminierung und Umverteilung von den oberen 50%, die Niedrigstgebühren und zinslose Zahlungsziele erhalten, auf die unteren 50%, die von den überteuerten Kreditkartenkrediten nicht mehr herunterkommen und zu „Credit Card Addicts“ (Caplovitz) geworden sind. Wer mehr darüber wissen will, lese den Aufsatz von David Caplovitz über die „Credit Card Mania in America“ in unserem Buch Reifner/Ford „Banking for People“ S.119 sowie zum deutschen System Hugo Godschalk ebenda S. 116.

Das IFF wird sich 1995 vor allem diesen Problemen zuwenden. Es wird an Gesprächen mit der Deutschen Bahn AG, die durch unser Schreiben an die Presse hellhörig wurde, zur Einführung ihrer Karte teilnehmen aber zugleich auch die Öffentlichkeit weiter mobilisieren. In einer Aktion ab April werden wir mit einigen Verbraucherzentralen die **variablen Kreditverträge** überprüfen und die Praxis der Banken, nicht nur Risiken weiterzureichen sondern sogar noch durch ungleiche Anpassung Extragewinne zu erwirtschaften, rechtlich kontrollierbar gestalten. Wir hoffen, daß die Verbraucherverbände ebenso wie die an einer kontrollierbaren Entwicklung interessierten Banken sich mit für ein Kreditkartengesetz einsetzen, das als Minimum die EU-Empfehlung zu Kreditkarten umsetzt und die Ansätze in der EU-Richtlinie zum Konsumentenkredit berücksichtigt.

Das IFF bietet jetzt den interessierten Verbraucherverbänden einen regelmäßigen **Service** von der Expertenhilfe über die Hotline in technischen Fragen bei unserem

Dipl.Ingenieur Abraham Tzegai bis hin zu Seminaren und automatischen Updates an. Dies soll ab 1995 die Arbeit der Verbraucherzentralen effektiver, einkommensbezogener und koordinierter gestalten. Auf einem Treffen von 10 Verbraucherzentralen in Hannover gab es allgemein positive Rückmeldung. Das Netz ist dabei offen für andere Finanz- und Schuldenberatungsstellen.

Im internationalen Bereich wird unser von Dipl. Betriebswirtin Bianca Haane betreutes Netzwerk, das unter dem Namen **MonA** (Money Advice) den Datenbankverbund inzwischen über 7 Ländern hergestellt hat und die deutsche FIS-Datenbank sowie unsere Kredit- und Schuldenberatungsprogramme internationalisiert, ausgeweitet werden. Die Italiener von Adiconsum in Rom haben ihre Finanzdienstleistungsinfos eingegeben, in den Niederlanden partizipiert das Institute for Policy studies, wobei einige Hoffnung besteht, daß die Gemeindlichen Kreditbanken sich beteiligen, in Frankreich hat das Nationale Verbraucherinstitut bereits einen Teil der Gesetze und Regulierung sowie Infotexte eingegeben. Das Verbraucherrechtszentrum in Louvain-La-Neuve sowie das Beobachtungszentrum für Verschuldung in Charleroi in Belgien sind ebenso beteiligt wie die Arbeiterkammer Wien und das Birmingham Settlement Money Advice, mit dem wir schon seit Jahren in Projekten zusammenarbeiten. 20 Megabyte deutsche Finanzdienstleistungsinformation mit praktisch allen Gesetzen, AGBs, weit über 2000 Gerichtsentscheidungen in Leitsätzen, ebensoviele Literaturnachweise mit Kurztexen und etwa 10.000 Zeitungsartikeln im Volltext mit vielen Informationen, Merkblättern, Adressen aus der Verbraucherszene sowie Bankbilanzen und Zinssatzdateien haben FIS zum Kernstück verbraucherorientierter FD-Beratung gemacht, auch wenn dies außerhalb der Verbraucherverbände noch wenige gemerkt haben.

Wir bieten jetzt **Journalisten** auf einer Diskette die komplette Datenbanksoftware mit Demodaten sowie einer themenspezifischen Auswahl aller Daten nach Wunsch an, wenn z.B. Fragen nach der Vorfälligkeitsentschädigung (Urteile, Fakten, Gesetzesmaterialien, Merkblätter der Verbraucherverbände etc) oder z.B. über Banken und Kriminalität gestellt werden. Inzwischen arbeiten unter der Leitung von Diplom Volkswirt Michael Feigl acht Ökonomen und Juristen in diesem Informations- und Datenbankbereich. 1995 werden wir mit den ersten Verbraucherzentralen und der AgV vernetzt sein und die Updates sowie Briefe und ähnliches automatisch über Nacht versenden. Schuldenberater und Wohlfahrtsverbände sind zur Teilnahme am System eingeladen, das auch die Kommunikation untereinander verbessern soll und schnelle Stellungnahmen und Reaktionen des sozialen Sektors im FD-Bereich ermöglichen sollen. Das Netzwerk soll dann Ende 1995 mit EU-Hilfe auch internationale Verbindungen mit unseren Partnern schaffen. Aktionen wie der Verkauf der Kapitallebensversicherungskredite durch die Dresdener Bank in Frankreich könnten dann international koordinierte Reaktionen ermöglichen. Schnelligkeit und Präsenz ist in diesem Sektor leider äußerst wichtig.

International orientieren wir weiter auf die **vierte europäische Finanzdienstleistungskonferenz** hin, die im September 1996 in Straßburg zum Arbeitsthema „Community Responsibility in Financial Services“ stattfinden soll. Wir wollen Ansätze des Community Reinvestment in den USA sowie die Traditionen des Regionalprinzips der Sparkassen und Genossenschaftsbanken bei uns auf ihren Sinngehalt innerhalb einer europäischen Konzentrationsbewegung hin diskutieren. Der DSGVO-Präsident Horst Köhler hat uns dabei Mut gemacht, das wir nicht wieder alleingelassen von deutschen Banken bleiben werden wie in Bergamo, Birmingham und

Hamburg, als er aus Amerika kommend ein Zitat mitbrachte, wonach die sozialstrukturellen Probleme alle lösbar wären, wenn man dieses Prinzip Ernst nehmen würde. Community Responsibility ist dabei nicht nur das Regionalprinzip sondern zugleich auch ein Sozialprinzip des social investment, dessen Förderung wir als Wirtschaftsprinzip für die Gestaltung, Sicherung, den Absatz und die Verteilung von Finanzdienstleistungen verwirklicht sehen wollen. Der simplifizierende Satz deutscher Banker, Banken seien schließlich keine Sozialstationen, sollte dann ebenso der Vergangenheit angehören wie der undifferenzierte Vorwurf an die Banken, sie betrachteten die menschliche Gesellschaft nur als Objekt ihrer privaten Profitinteressen.

Natürlich wird die Verbraucherbewegung hier eine entscheidende Rolle spielen. Sie werden in Zukunft nicht nur Vorteile für sich sondern auch für ihre Gesellschaft einkaufen und bezahlen müssen. Der Marketing-Chef der Brüsseler Großsparkasse Hosselaar hält dieses Element für den entscheidenden Absatzimpuls des 21. Jahrhunderts. Im ethischen Investment und bei Nachfragern, die sich als mitgestaltende Investoren verstehen, sind die Ansätze bereits da. Wenn der Multimilliardär Bill Gates der Presse erklärte, sein Vermögen solle nicht einfach vererbt werden sondern gesellschaftlich nützlichen Aufgaben zugutekommen, so ist der Verdacht nicht weit, der kleine Angestellte um die Ecke könnte auch einmal bei seiner Bank nachfragen, ob sie nicht etwas gegen die Verslummung seines Stadtviertels tun wolle statt gerade seine 3000.- DM Sparguthaben nach Luxemburg zu transferieren oder nur werbewirksam für die gehobene Mittelschicht den Glockenturm des Hamburger Michel zu subventionieren.

In diesem Sinne wird sich in der Baufinanzierung Dipl. Betriebswirt Roland Keich mit Modellen der **Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen** in strukturschwachen Gebieten beschäftigen, bei denen die Mieter zumindest überwiegend in den Wohnungen bleiben können, Sicherheiten aggregiert werden, Steuervergünstigungen durch Mobilisierung von Fremdkapital genutzt und den Familien zugutekommen und vor allem Eigenarbeit und gruppenmäßige Nachfragemacht zur Kostensenkung aktiviert wird. Hierzu suchen wir weiterhin Partner in der Banken- und Versicherungswelt, die innovationsfreudig, lernbereit und kreativ sind. Ein Gutachtenentwurf über Bausparsysteme in den europäischen Nachbarländern für den Verband privater Bausparkassen ist vielleicht ein Kommunikationseinstieg.

In einem weiteren Projekt wird Rechtsanwalt Henning Bruscke die **Finanzierungsmodalitäten gescheiterter kleiner und mittlerer Betriebe in den Neuen Bundesländern** untersuchen. Nach einigen Gutachten in diesem Jahr über Finanzierungsgeschichten solcher Unternehmen sind wir inzwischen überzeugt, daß Inkompetenz und Unwissenheit über die spezifischen Probleme dieses Sektors bei den Finanzdienstleistern bei uns ebenso wie dies in den USA aktenkundig ist einen gewichtigen Anteil an den Fehlverläufen bedeutet. Die Falschfinanzierung wird dabei ebenso wie die falsche Nichtfinanzierung und das Außerachtlassen alternativer Finanzierungsquellen in einen Bericht münden, der nach Art des nunmehr in 2.Aufl. erscheinenden Reports „Risiko Baufinanzierung“ zu erstellen ist.

Wir haben auch den Alsterdorfer Anstalten in Hamburg, die 60.000.- DM Spenden zur Finanzierung einer Wohnungseinrichtung einer **Behindertenselbsthilfegruppe** suchen, angeboten, zusammen mit einem Fernsehsender die Summe als langfristigen Niedrigzinskredit zu besorgen und dabei die überhöhte Zinsspanne der Banken einmal nicht zu ihren eigenen Gunsten sondern von außen gesteuert über ein Gruppenfestgeldkonto für soziale Zwecke zu nutzen. Die Investoren sollen daran sogar

noch persönlich einen Vorteil haben. Wir brauchen solche praktischen Modelle und zwar gerade im Finanzierungsbereich.

Zum Schluß noch etwas über uns. Das „verflixte siebte Jahr“ haben wir heil überstanden, nachdem es Ende 1993 so aussah, als ob wir den Wegfall der ABM nicht verkraften könnten. Unsere Finanzplanung verheißt uns nun 100% auf eigenen Beinen stehend weitere 12 Monate und damit genügend Tatendrang. Nach den stürmischen Veränderungen in den Vorjahren (Tarifänderung, flexible Arbeitsstrukturen, Projektzentren mit eigener Finanzplanung, neue Vereinsstruktur) erfolgt nun eine Konsolidierung. Die Hochschule für Wirtschaft und Politik hat sich für ein auf Ausbau angelegtes Kooperationsabkommen mit dem IFF insbesondere im Bereich Fortbildung und Praktika entschlossen, mit der AgV ist das Verfahren abgestimmt und bestimmte Projekte wie z.B. der Schuldenreport sowie die Datenbanken werden allmählich in ihrer Kooperation institutionalisiert.

Wir sind jetzt, nachdem Ilona Kotek zur allgemeinen Zufriedenheit unser Büro übernommen hat und zugleich die im IFF fließend gesprochenen Sprachen auf sechs erhöhte, 8 Vollzeitbeschäftigte. Die stellvertretende Geschäftsführung hat ab Juni Bianca Haane von Roland Keich übernommen. Zählt man Jascha Aleyne hinzu, der als Jurist in unseren Projekten ständig mit uns verbunden ist, sowie unseren neuen BankWatch-Redakteur Marco Habschick, der mit Erfahrungen beim VWD-Pressedienst zu uns gestoßen ist, hinzu, dann sind es 8 wissenschaftliche und 2 technische Stellen, dazu 7 studentische Teilzeitstellen und zwei ehrenamtliche MitarbeiterInnen. (Prof. Prof. Niedermeier, Berlin und Reifner, Hamburg)

Durch einen neuen Dauervertrag sind wir weiter mit der Firma Eta-Soft GmbH verbunden und haben mit Luchterhand nach wie vor das Rahmenabkommen über den Absatz der Software, der Bücher und des Infodienstes.

Ob das so bleiben kann, wird sich im Herbst entscheiden. Die Bücher verkaufen sich wohl recht gut (3. bzw. 2. Auflage in der Baufinanzierung, zusätzliche Partner beim Schuldenreport 1995). BankWatch wird unter neuer Redaktion versuchen, die an sich kaum utopische Zahl von 400 Abonnenten zu erreichen. Dazu wird es kompakter mehr eigene originäre Information und mehr Service für die Leser geben. Wer BankWatch auch 1996 auf dem Markt sehen will, der sollte sich mit seinem Abonnement beeilen.

Bei den Programmen ist ebenfalls noch kein Durchbruch erreicht.

Überprüfungsprogramme passen nicht in eine Landschaft, wo die gesamte EDV im Finanzbereich auf Kaufen und Verkaufen programmiert. Wir glauben an veränderte Marktgewohnheiten, in denen anbieterunabhängige Makler den Kunden die Angebote dechiffrieren, rechtswidrige Methoden und Schäden aufdecken und damit echte Serviceleistungen für den Verbraucher erbringen. Bei je einem Angebot der WISO-Redaktion sowie vom ARD-Ratgeber Geld, im Rahmen ihres Finanzsoftwarevertriebes mitzuwirken, haben wir uns aus verschiedenen Gründen verweigert. Unsere Zielgruppe ist nach wie vor der kundentreue Berater. Die Illusion der beratungsfreien Selbsthilfe durch leicht gemachte EDV-Programme können wir nach so vielen Jahren im Metier nicht ohne weiteres unterstützen.

Für 1995 haben wir uns vorgenommen ein neues **CADAS-Schulden- und Haushaltsberatungsprogramms** auf Windowsoberfläche fertigzustellen, das die Erfahrungen mit dem bisherigen Programm, die Erfahrungen des New Yorker BUCCs Systems mit den Anforderungen der Insolvenzordnung sowie der neueren Schuldenberatungspraxis kombiniert. Wir suchen hierzu noch Mitstreiter aus der

Schuldenberatung, die uns beraten und ihre Wünsche deutlich machen. Das Baufinanzierungsprogramm BAUFUE wird weiterentwickelt und ein Anlageberatungsprogramm SALIS soll in Angriff genommen werden.

Vielleicht noch einen Satz zur **Presse**. Auch hier hat 1994 uns Konsolidierung gebracht. Die Anfragen sind eher mehr denn weniger geworden, auch wenn wir jetzt zur Kostendeckung Informations- und Recherchehonorare erbitten. Die meisten Redaktionen haben dafür Verständnis. Außerdem wird das IFF hier immer kompetenter und hat angefangen von den unzähligen Materialien hier auch noch Sachverstand gebündelt, den die durchschnittliche Redaktion in der Regel nicht vorhalten kann. Wir haben bei überregionalen Zeitungen mitgeholfen, den gemeinsamen Versicherungsmarkt zu ergründen, Kartenprobleme aufzudecken, Probleme der Baufinanzierung zu beschreiben, Banken nach ihrem Verhalten gegenüber umschuldungswilligen Kunden einzustufen und bei allen aktuellen Ereignissen von Procedo über Schneider bis hin zu Bürgerurteil und Lebensversicherungen sowie vor allem dem Verbraucherkonkurs Meinungen zur Verfügung zu stellen, wobei das Team immer besser in der Lage ist, die Stellungnahmen so vorzubereiten, daß mehr herauskommt als die obligatorische Alternative zur Anbietersicht.

Zum Schluß noch ein paar Zahlen, die insgesamt deutlich machen, daß am IFF mit einem Gesamtetat von nunmehr deutlich unter 1 Millionen viel geleistet wurde: Das IFF hat 1994 etwa 860.000.- DM eingenommen.. 42% der Einnahmen kamen aus dem Ausland, 23% ergaben sich aus Rechtsgutachten und entsprechenden EDV-Programmen, 14% der Einnahmen wurden bei den Datenbanken und Informationen erzielt, 11% steuerte der Baufinanzierungsbereich bei und 10% brachte der Bereich des Consulting im Sozialen Investment. Löst man die Unterscheidung National/Ausland auf, so ergibt sich, daß Arbeiten, die mit den Datenbanken zusammenhängen, nicht nur die bei weitem größte Ausgaben erzeugen, sondern mit 41% auch bei den Einnahmen zählen, gefolgt von Gutachten (19%), EDV-Programmen (16%) sowie Bildungsveranstaltungen, Seminaren und Konferenzen (17%). Der Rest entfällt auf Publikationen.

Bei den Ausgaben machten Personalkosten 66% aus, die EDV (Hard- und Software) kostete 9% , der Betrieb 21%. $\frac{3}{4}$ der Einnahmen hängen mit der EDV in irgendeiner Weise zusammen. Nur $\frac{1}{4}$ entfällt auf herkömmliche Formen der Publikationen und Gutachten.

Mit freundlichen Grüßen